Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die Genossen von der Muppet-Show
2. Kohleausstieg
3. E-Mobilität: Darum droht ein Job-Kahlschlag in der Autoindustrie
4. Leiharbeiter leiden häufiger an psychischen Erkrankungen
5. Ansatzpunkte für eine effektivere Durchsetzung von Mindestlöhnen
6. Europas globaler Fußabdruck
7. Drohte Amerika den Europäern wegen Iran?
8. Chinas Grüne Große Mauer
9. Auftritt der Brasilianischen Landwirtschaftsministerin wirft dunkle Schatten auf die Grüne Woche und die Politik der Bundesregierung
10. Anstieg um 85 Prozent: Brasilien vernichtet viel mehr Amazonas-Wald
11. Wissenschaftlerin über Insektensterben: „Wir müssen umdenken"
12. Humanitäre Organisationen im Biafra-Krieg: Hunger als Kriegswaffe
13. Zu guter Letzt: "Russische Nachhilfe für Alice Weidel" …

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die Genossen von der Muppet-Show**
   Sie sitzen nörgelnd am Seitenrand und wissen alles besser. Wenn die neuen SPD-Chefs so weitermachen, wird die Partei irrelevant.
   Sie waren die heimlichen Stars der Muppet-Show: Waldorf und Statler, die beiden griesgrämigen Dauerkritiker im Logenplatz über der Puppenbühne. Sie traten in fast allen Folgen auf – und stellten zugleich mit jedem ihrer nörgeligen Kommentare klar, dass sie mit dem Geschehen auf der Bühne nichts zu tun haben wollten.
   Wenn nicht alles täuscht, pflegen Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ein ganz ähnliches Rollenverständnis. Seit sie im Amt sind, geben die beiden neuen SPD-Chefs

unablässig Interviews, in denen sie die Berliner Politik kritisieren. Aber sie haben sich offenbar schon jetzt damit abgefunden, dass ihre Anmerkungen und Vorschläge keine große Beachtung finden. Von ihrer Ankündigung, die Große Koalition auf den Prüfstand zu stellen, ist inzwischen genauso wenig die Rede wie von ihrer Forderung nach 12 Euro Mindestlohn. Statt die schwarze Null zu kippen, will sich das neue Spitzenduo nun schon zufriedengeben, wenn nur "die Investitionen verstetigt werden". Und die Ansage, die SPD wieder auf Zustimmungswerte von 30 Prozent zu bringen, hat das neue Tandem ebenfalls kassiert. Die Parteichefs als einflusslose Dauernörgler – so muss man ein Stück anlegen, das für Lacher im Publikum, aber kaum für neue Wählerstimmen sorgt.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Jens Berger: *Die Pöbeleien nehmen kein Ende.*

2. **Kohleausstieg**
   a. **Fehler 2.0**
   Der Kohle-Ausstiegspfad der Bundesregierung verläuft nicht wie in der Kohlekommission vereinbart kontinuierlich, sondern gedrängt in den 2030er Jahren. Damit wiederholt die Regierung den Fehler vom Atomausstieg und verschiebt die Energiewende teuer in die Zukunft.
   Doch, es gibt etwas Gutes zu sagen über die Bund-Länder-Einigung zur Kohle: dass es auf dem Weg zu einem Ausstiegsgesetz überhaupt vorangeht. Bisher hat die Bundesregierung das Jahrhundertprojekt in der Dauer-Warteschleife gehalten. Ein Jahr ist vergangen, seit die Kohlekommission ihren Kompromiss vorgelegte. Man dachte schon, der Gesetzentwurf ist bei Minister Altmaier hinters Bett gerutscht und dort vergessen worden. Damit ist das Lob aber auch schon alle. Die Kommissionsvorlage war ja schon schwer erträglich, weil 2038 als Enddatum für ernsthaften Klimaschutz zu spät liegt. Doch die nun geplante Umsetzung ist es noch mehr.
   Quelle: Klimareporter
   b. **Kohleausstieg: Am Ende gewinnen immer die Konzerne**
   Der neue Kohlekompromiss ist kein guter, nur weil er da ist. Die harten Entscheidungen verschiebt die Regierung mal wieder. Und die Bürger zahlen viel für wenig Wirkung.
   Quelle: Zeit Online
   c. **Braunkohle-Ausstieg: Zukunftsverweigerung**
   Die Vereinbarung der Kanzlerin mit den Bundesländern zementiert den Abschied von den Pariser Klimaschutzzielen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich mit den Ministerpräsidenten der Kohleländer Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen auf Modalitäten zum Ausstieg aus der Braunkohle geeinigt. Kehrt nun endlich Ruhe an dieser Baustelle der Energiewende und des Klimaschutzes ein?
Wohl kaum. Was da in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag verabredet wurde birgt gewaltiges Konfliktpotenzial in sich. Mit Klimaschutz hat der Beschluss sehr wenig und mit verantwortungsvoller Haushaltspolitik noch weniger zu tun.
Quelle: Telepolis

d. **Stilllegung von Kohlekraftwerken**
Der finanzielle Ausgleich durch Entschädigung soll jedoch als Ausgleichmaßnahme die Ausnahme sein. Es müssen gewichtige Gründe vorliegen, um eine Entschädigungspflicht auszulösen. Ein Recht darauf, von Neuregelungen verschont zu bleiben, bis einmal getätigte Investitionen sich vollständig amortisiert haben, besteht nicht. Inhalts- und Schrankenbestimmungen im Sinne von Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG sind grundsätzlich entschädigungslos hinzunehmen. Ein Grundsatz, nach dem Anlagenbetreibern eingeräumte Rechtspositionen trotz Rechtsänderungen generell zu belassen seien und nur gegen Entschädigung entzogen werden dürften, ist auch nicht dem Immissionsschutzrecht nicht zu entnehmen. Die immissionsrechtliche Genehmigung erstreckt sich nicht auf den Schutz vor Änderungen auf der Ebene energierechtlicher Systementscheidungen. Insbesondere bei älteren, bereits abgeschriebenen Anlagen kann eine Stilllegung ohne Entschädigungszahlung daher möglich sein. Eine Entschädigungsregelung müsste jedoch insbesondere für solche Einzelfälle vorgesehen werden, in denen trotz der vorrangig gebotenen Übergangs- und Ausnahmeregelungen unzumutbare wirtschaftliche Belastungen verbleiben.
Quelle: Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages [PDF]

3. **E-Mobilität: Darum droht ein Job-Kahlschlag in der Autoindustrie**
Die E-Mobilität könnte Zehntausende Arbeitsplätze kosten. Ein Auto-Experte erklärt, welche Teile bei E-Autos nicht mehr gebraucht werden – und was das für die Industrie bedeutet.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung JK: *Das ist zumindest einmal eine interessante Klarstellung, dass es den Unternehmen immer darum geht, menschliche Arbeitskraft durch Technik zu ersetzen, um so die Profitrate zu erhöhen. Das eröffnet eine andere Perspektive auf den aktuellen Arbeitsplatzabbau in der Automobilindustrie, die diesen ganz offensichtlich auch unter dem Deckmantel Strukturwandel hin zur E-Mobilität betreibt, und es wirft*

zum wiederholten Male die Frage auf, wie die Arbeitswelt in Zukunft zu gestalten ist. Was soll mit den "überflüssigen" Arbeitskräften geschehen? Gerade wenn diese nicht mehr durch eine weitere Expansion der Ökonomie aufgefangen werden. Auch da vor dem Hintergrund des Klimawandels ein ausschließlich auf Expansion ausgerichtetes Wirtschaftssystem nicht mehr möglich erscheint. Soll dafür allein die öffentliche Hand die Verantwortung übernehmen? Sollen die Betroffenen mit einem Grundeinkommen einfach ruhig gestellt werden? Hier erscheint die Diskussion über eine vier-Tage-Woche dann in einem ganz anderen Licht.

dazu: Nervöse Automobilbranche verlangt jetzt Steuer-Milliarden
Beim Autogipfel haben Hersteller, Zulieferer und Gewerkschaften den Bund um Milliardenhilfen gebeten. Doch zahlt der Bund auch für die Autobauer, dürfte bald jede Branche um Staatsmilliarden buhlen. Die Gesetze der Marktwirtschaft sind in Gefahr. Der Steuerzahler dürfte sich hingegen fragen, wieso nun schon wieder er herhalten soll für Deutschlands einstige Vorzeigebranche.
Quelle: Welt Online

Anmerkung JK: *Das sind in allem keine rosigen Aussichten. Offensichtlich weiß aktuell niemand, wie der anstehende fundamentale Strukturwandel zu gestalten ist und die deutsche Oligarchie sieht mit dem riesigen Erpressungspotential von 800.000 Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie die Gelegenheit sich durch die Umverteilung von öffentlichen Geldern zu bereichern. Für Neoliberale ist alles natürlich wieder ganz einfach, der Markt wird es schon regeln. Was nichts anderes heißt, solange die herrschende Oligarchie für wo möglich hunderttausende Arbeitslose nicht einstehen muss, sondern nach dem alten Motto 'Gewinne privatisieren, Kosten sozialisieren', die Allgemeinheit der Steuerzahler, ist alles gut.*

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Wenn der Markt nicht weiter weiß: Der Autogipfel ist mit seinem Latein am Ende und fordert viele Steuermilliarden. Dafür ist Papa Staat immer noch gut genug. Als Begründung richten sich die Finger plötzlich auf das viel gescholtene China. Wo die Milliarden eingesetzt werden sollen, bleibt nebulös. Dabei hat die Autoindustrie in den vergangenen Jahren gut verdient und kräftige Dividenden ausgeschüttet. Letztlich bedeutet die Forderung eine Subvention oder Umverteilung zu Gunsten der Aktionäre.*

4. **Leiharbeiter leiden häufiger an psychischen Erkrankungen**
   Die Art der Beschäftigung hat einen direkten Einfluss auf die Gesundheit von Arbeitnehmern. Männer leiden offenbar mehr als Frauen.

Quelle: DER SPIEGEL

5. **Ansatzpunkte für eine effektivere Durchsetzung von Mindestlöhnen**
   Auf den Punkt …

   - Verstöße gegen Mindestlöhne sind in der heutigen Arbeitswelt systemisch. Durch die zunehmende Auslagerung von Teilen der Wertschöpfungskette können sich große Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung entziehen.

   - Die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die Flucht aus der Mitbestimmung erschwert es Beschäftigten, ihre Rechte durchzusetzen. Staatliche Kontrollen von Mindestlöhnen sind daher notwendiger als in der Vergangenheit, durch die wachsende Intransparenz der Beschäftigungsbedingungen aber auch erheblich aufwändiger..

   - Nachhaltige Verhaltensänderungen lassen sich mit einer hohen Kontrolldichte und einem Focus auf bestimmte Branchen und Beschäftigungsformen bewirken.

   - Weitere Ansatzpunkte für eine effektivere Durchsetzung von Mindestlöhnen sind die Stärkung der Selbstregulierung durch die Sozialpartner, transparentere und einfache Regelungen, eine korrekte Erfassung der geleisteten Arbeitszeit und mehr staatliche Unterstützung für die Durchsetzung der Ansprüche von Beschäftigten.

   Quelle: IAQ

   Anmerkung Christian Reimann: *Den vollständigen, 18-seitigen IAQ-Bericht können Sie hier nachlesen.*

   dazu: Mindestlohn rauf auf 12 Euro!
   Seit fünf Jahren gibt es jetzt den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland. Seit Jahresanfang 2020 beträgt er 9,35 Euro die Stunde. Im Vorfeld hatten Unternehmerverbände und Neoliberale Horrorgeschichten verbreitet, über eine Million Arbeitsplätze könnten durch den Mindestlohn verloren gehen. Die wirkliche Entwicklung hat sie total blamiert: etwa zehn Prozent mehr Geld für Niedriglohnbeschäftigte und keinerlei negative Beschäftigungseffekte. Lediglich wurden etwa 100.000 Minijobs durch reguläre Jobs ersetzt, was positiv ist. Allerdings gibt es für Langzeitarbeitslose und Jugendliche immer noch Ausnahmen. Diese müssen abgeschafft werden. Und der Mindestlohn wird in viel zu vielen Fällen

missachtet und umgangen. Sonderzahlungen oder Zuschläge werden angerechnet oder die Arbeitszeiten nicht korrekt erfasst und bezahlt. Die Kontrollen sind viel zu lasch und zu wenige. Es fehlen hier mindestens 3000 Stellen.
Quelle: ver.di

dazu auch: Perspektivisch zwölf Euro? Der Mindestlohn muss schneller steigen
Auf den Mindestlohn wurden auch zum Jahresbeginn 2020 wieder nur ein paar Cent draufgelegt. Wenn es mit der Anhebung der Untergrenze im bisherigen Tempo weitergeht, dauert es viel zu lange, bis die immer weiter um sich greifende Forderung nach zwölf Euro Mindestlohn erfüllt ist.
Fünf Jahre ist er gerade alt geworden, zwei Mal wurde er bereits angehoben, und zu Jahresbeginn ist er wieder ein wenig gestiegen, genauer gesagt um überschaubare 16 Cent: Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn liegt mittlerweile bei 9,35 Euro. Bei einer 40-Stunden-Woche kommen abhängig Beschäftigte damit auf einen Bruttomonatslohn von ungefähr 1.620 Euro, womit sie sich nicht nur im Niedriglohnsektor, sondern – logischerweise – dort ganz unten, im untersten Einkommensdezil aller Vollzeitkräfte wiederfinden, dessen Schwelle laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit Ende Dezember 2018 bei 1.822 Euro gelegen hat.
Quelle: Blickpunkt WiSo

6. **Europas globaler Fußabdruck**
Deutsche Außenpolitik-Berater dringen auf offensivere EU-Außenpolitik, warnen vor Abstieg der EU
Deutsche Politikberater dringen auf eine offensivere Außenpolitik der EU und erörtern Strategien für den Fall einer weiteren Polarisierung der Welt zwischen den USA und China. Die EU müsse mit der "geopolitischen" Kommission von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihren "globalen Fußabdruck" stärken, heißt es in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift "Internationale Politik", dem führenden Fachblatt der deutschen Außenpolitik. Das gelte neben der Außenpolitik auch für die Wirtschaft. Insbesondere solle sich die Union um den Aufbau einer eigenständigen IT-Branche bemühen. Darüber hinaus sollten Maßnahmen getroffen werden, um dem Euro ein größeres internationales Gewicht zu verleihen. Skeptiker weisen darauf hin, dass es der EU in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, sich größeres weltpolitisches Gewicht zu erkämpfen, obwohl sie in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts als "Weltmacht im Werden" eingestuft wurde. Halte die Stagnation an, dann werde "die einzige Frage" sein, "ob Europa ein Satellit der USA oder Chinas wird".

Quelle: German Foreign Policy

dazu: BDI-Geschäftsführer wird neuer Chef des Thinktanks SWP
Der künftige Chef des einflußreichen Berliner Thinktanks Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) steht fest: Zum 1. Oktober soll der Politikwissenschaftler Stefan Mair, derzeit Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), dieses Amt übernehmen. […]
Mair löst Volker Perthes ab, der die SWP seit 2005 führt. Der scheidende Direktor war nicht nur als Wissenschaftler und Institutsleiter öffentlich bekannt geworden, sondern auch durch internationales Engagement zum Beispiel als Leiter der Ceasefire Task Force (CTF) der International Syria Support Group. Die Stiftung Wissenschaft und Politik mit ihren rund 60 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gilt als eines der wichtigsten Politkberatungsinstitute von Bundesregierung und Parlament.
Quelle: Augen geradeaus!

7. **Drohte Amerika den Europäern wegen Iran?**
Berlin weist Berichte zurück, die Europäer hätten nur aufgrund amerikanischer Drohungen die Schlichtung im Atomabkommen verlangt. Allerdings gab es wohl durchaus klare Hinweise aus Washington. (…)
Der Bundesregierung war es bislang gelungen, die Frage der Autozölle zu vertagen. Ein wichtiges Argument war dabei stets gewesen: Es sei nicht klug, während des Handelskonflikts mit China den Westen zu spalten. Das Argument stieß im Kongress in Washington, zumal bei den Freihändlern unter den Republikanern, auf Gehör. Die sich anbahnende Teileinigung mit Peking könnte das Weiße Haus veranlasst haben, im Iran-Konflikt gegenüber Europa eine Drohkulisse aufzubauen.
Quelle: FAZ

Anmerkung Christian Reimann: *Müssen die USA tatsächlich gegenüber diesem Bundesaußenminister – oder der Merkel-Regierung generell – Drohungen aussprechen? Herr Maas hat doch bisher ziemlich deutlich gemacht, dass er kein eigenes Konzept für die Außenpolitik hat und sich stattdessen sehr oft einfach so den USA anschließt – so z.B. bei der fragwürdigen Anerkennung von Herrn Guaido in Venezuela, dem gemeinsamen Foto mit dem Herrn Wong aus Hongkong und der Händedruck mit Herrn Bolsonaro aus Brasilien. Einen besseren Diener für US-amerikanische Interessen als Herrn Maas können sich die Herrschenden in Washington vermutlich selbst gar nicht vorstellen oder wünschen.*

8. **Chinas Grüne Große Mauer**
   Die Volksrepublik forstet nicht nur großflächig auf, sondern nutzt ihr "Dreifaches Nördliche Schutzgürtel-Programm" auch zur Produktion von Äpfeln, Walnüssen, Kumuldatteln und Esskastanien
   Fährt man in China über Land, fällt auf, dass es zwar keine alten Bäume gibt, dass aber an allen Ecken und Enden wieder aufgeforstet wird – und zwar offensichtlich schon länger. Tatsächlich läuft in der Volksrepublik China seit 40 Jahren – von der Weltöffentlichkeit fast unbemerkt – das größte Aufforstungsprogramm der Weltgeschichte. 1981 verpflichtete der nationale Volkskongress alle Chinesen ab einem Alter von elf Jahren jedes Jahr drei Baumsetzlinge zu pflanzen – vorzugsweise Pappeln oder Weiden, Eukalyptus, Birken und Lärchen. Allein zwischen 2000 und 2010 haben die Bürger 56 Milliarden Bäume gesetzt.
   Bis heute werden in China mehr Bäume aufgezogen als im Rest der Welt zusammengenommen. 2010 verfügte das Land über den weltweit größten von Menschen gepflanzten Wald, der eine Fläche von schätzungsweise einer halben Million Quadratkilometer bedeckte. Damit galt das offizielle Ziel der Kommunistischen Partei Chinas, 20 Prozent (etwa 1,95 Mio. km2) des Staatsgebietes zu begrünen, als erreicht. Zum Vergleich: Spanien ist knapp 506.000 km2 groß. (…)
   Insgesamt sind heute annähernd 23 Prozent der Landfläche Chinas von Wald bedeckt, bis 2050 sollen es 25 Prozent werden. Zum Vergleich: In Deutschland sind es 32, in den Niederlanden elf Prozent. Augenfälliger wird der Vergleich, wenn man in Betracht zieht, dass in China 890 Quadratmeter Ackerfläche pro Einwohner zur Verfügung stehen, in Deutschland aber immerhin 1430 m2. In den Niederlanden sind es 600 m2.
   Quelle: Telepolis
9. **Auftritt der Brasilianischen Landwirtschaftsministerin wirft dunkle Schatten auf die Grüne Woche und die Politik der Bundesregierung**
   „Durch die Einladung der brasilianischen Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina legitimiert die Bundesregierung die sozial und ökologisch desaströse Agrarpolitik Brasiliens. Tereza Cristina steht für eine rücksichtslose Ausbreitung der Agrarfront im Amazonas und einen unverantwortlichen Einsatz von Agrochemikalien, weshalb sie in Brasilien auch als ‚Muse des Agrargifts' bekannt ist. Wer Tereza Cristina eine prominente Bühne bietet, kann nicht mehr glaubwürdig als Verteidiger des brasilianischen Regenwalds auftreten", kommentiert Eva-Maria Schreiber, Sprecherin für Welternährungspolitik der Fraktion DIE LINKE, die Einladung des deutschen Landwirtschaftsministeriums an Tereza Cristina, am 16.1. beim Globalen Forum für Ernährung und Landwirtschaft zum Auftakt der Grünen Woche eine Eröffnungsrede zu halten. Schreiber weiter:
   „Das Zeichen, das die Bundesregierung mit dieser Einladung setzt, ist fatal – es passt

aber zu dem Kuschelkurs, den die Bundesregierung gegenüber der rechtsradikalen Regierung von Jair Bolsonaro fährt. Anstatt klare Kante gegen den sprunghaften Anstieg der Zerstörung des brasilianischen Regenwaldes und der Gewalt gegenüber Indigenen und Kleinbauern zu zeigen, kooperiert die Bundesregierung eng mit Bolsonaros Kabinett und weitet die Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium sogar aus – mit dem zynischen Argument, damit den Amazonas schützen zu wollen.
Auch das geplante EU-Freihandelsabkommen mit MERCOSUR unterstützt die Bundesregierung weiterhin – obwohl etliche Studien belegen, dass sich damit die Agrarfront in Brasilien weiter ausdehnen wird, mit katastrophalen Folgen für Kleinbauen, Indigene und das fragile Ökosystem des Amazonas. Die Bundesregierung sollte sich der Position anderer EU-Länder wie Österreich anschließen, die das MERCOSUR-Abkommen ablehnen, und öffentlich Stellung gegenüber der Politik von Tereza Cristina und Jair Bolsonaro beziehen."
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag

dazu: Erste umfassende Studie zeigt: EU-Mercosur-Abkommen ist unvereinbar mit Pariser Klimaabkommen
Liebe Freund*innen und Freunde, liebe Interessierte,
soeben wurde die überhaupt erste umfassende Studie zu Inhalt und Auswirkungen des Handelsabkommens zwischen der EU und den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay veröffentlicht. Im Auftrag der Grünen Europaabgeordneten und Handelsexpertin Anna Cavazzini und der NGO PowerShift werten die renommierten argentinischen Handelsexpert*nnen Dr. Luciana Ghiotto und Dr. Javier Echaide die Vereinbarungen und Maßnahmen des tausende Seiten starken Abkommens aus.
Ihr Fazit: Das EU-Mercosur-Abkommen ist mit dem Pariser Klimaabkommen nicht vereinbar. Sollte das Abkommen ratifiziert werden, rückt das EU-Ziel der Klimaneutralität bis 2050 in weitere Ferne.
Quelle: Sven Giegold

10. **Anstieg um 85 Prozent: Brasilien vernichtet viel mehr Amazonas-Wald**
Dass der ultrarechte brasilianische Präsident Bolsonaro eng mit der Agrarlobby verbandelt ist und wenig von Klimaschutz hält, ist kein Geheimnis. Dementsprechend drastisch nimmt in seinem ersten Amtsjahr die Vernichtung des brasilianischen Regenwalds zu.
Die Vernichtung des Amazonas-Regenwaldes in Brasilien hat im vergangenen Jahr drastisch zugenommen. Laut am Dienstag veröffentlichten Daten des brasilianischen

Instituts für Weltraumforschung (Inpe) stieg die Entwaldung in dem Gebiet um 85 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt wurden demnach 9166 Quadratkilometer Amazonaswald vernichtet. Das war die größte vernichtete Waldfläche in dem Gebiet seit fünf Jahren.
Quelle: n-tv

11. **Wissenschaftlerin über Insektensterben: „Wir müssen umdenken“**
    Um die Insekten zu retten, fordert Viola Clausnitzer eine Kehrtwende in der Landwirtschaft. Kleinere Betriebe sollen gefördert werden.
    Quelle: taz
12. **Humanitäre Organisationen im Biafra-Krieg: Hunger als Kriegswaffe**
    In Biafra hungerten Millionen Afrikaner – bis kirchliche Helfer eine Luftbrücke starteten. Der Krieg, der vor 50 Jahren endete, zeigt das Dilemma von Hilfswerken: Wann sind sie Partei und verlängern den Krieg?
    Quelle: DER SPIEGEL
13. **Zu guter Letzt: “Russische Nachhilfe für Alice Weidel” …**

Alice Weidel @Alice_Weidel · 13. Jan.
Vor 75 Jahren flohen 2,5 Millionen Deutsche vor der vorrückenden Roten Armee, völlig überhastet nur mit dem Notwendigsten auf Pferdewagen oder mit Schubkarren in den minus 20 Grad kalten Winter. Heute gedenken wir der Opfer von Flucht und Vertreibung. #AfD
FLUCHT UND VERTREIBUNG, 13. JANUAR 1945:
WIR GEDENKEN DER OPFER!
ALICE WEIDEL
FRAKTIONSVORSITZENDE
Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
660
903
3.703
Botschaft der Russischen Föderation
@RusBotschaft
Antwort an @Alice_Weidel
Da sollte man sich vielleicht auch daran erinnern, weswegen die Rote Armee vorrücken musste
11:07 vorm. · 13. Jan. 2020 · Twitter Web App